

Sozialistische Linkspartei / SLP
Österreichische Sektion des CWI/KAI
Kaiserstraße 14/11; A-1070 Wien
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11
E-Mail slp@gmx.at

VORWÄRTS

Zeitung der Marxisten in SJ, SPÖ, AKS & ÖGB
Nr. 37 1993 Preis öS 7.- Solidaritätspreis öS 10.-

Die Krise schlägt zu:

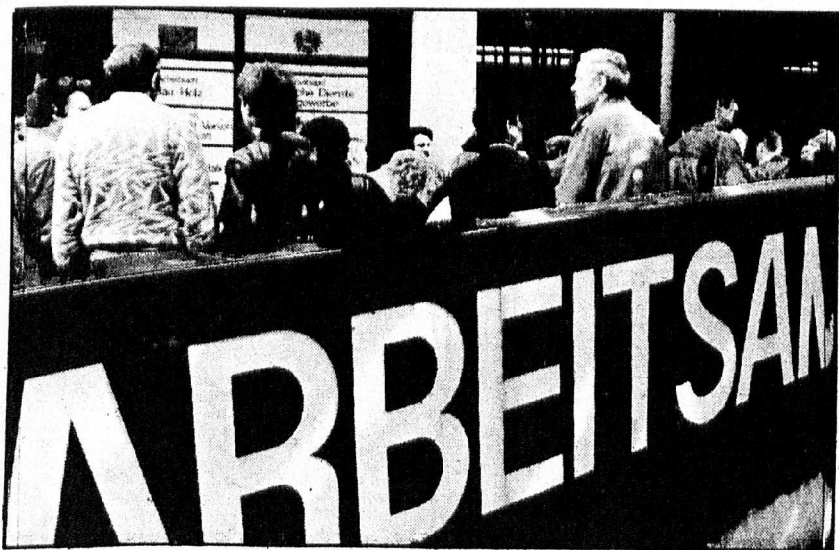
● **Arbeitslosigkeit ✱ Lohnkürzung ✱ Privatisierung ✱ Sozialabbau**

WEHR DICH

Die Wirtschaftskrise hat in Europa zugeschlagen: Rekordarbeitslosigkeit, Sparkurs und Sozialabbau treffen die gesamte europäische Bevölkerung. Auch Österreich wird in den Strudel der wirtschaftlichen und sozialen Krise

hineingezogen. Bereits jetzt muß die Mehrheit der Österreicher, die Arbeiterschaft und ihre Familien, sparen. Nicht nur der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung, sondern auch gewerkschaftliche Rechte und Sozialleistungen

des Staates sind bedroht. Die Kapitalisten wollen die Arbeiterschaft zahlen lassen - alle sollen den Gürtel enger schnallen - Pensionisten, Studenten, Lehrlinge, Arbeitslose, Behinderte, Kranke... - zum Wohle der Reichen.



Inhalt:

Tankerunglück.....	3
Zugunglück.....	3
Liberales Forum.....	4
Volksbegehren.....	5
Antifa-Komitee.....	5
Marxismus aktuell-Imperialismus... 6	
EG-Sonderteil.....	7-10
Slovakai.....	11
SPÖ.....	12
SJ-Salzburg.....	13
Lehrlinge.....	14
Aus dem Betrieb.....	15
Gesundheitswesen.....	16

Arbeitslosigkeit steigt!

Österreich verzeichnet eine Rekordarbeitslosigkeit. An der Spitze steht das Burgenland mit 14,6% im Jänner 1993. Die Arbeitslosenrate der über 50-jährigen ist weiter angestiegen und lag bei 8,8%, die generelle Arbeitslosenrate bei ca. 6%. Die Stahlkrise bedroht auch Arbeitsplätze in Österreich. In den 80er Jahren wurden zehntausende Arbeiter gekündigt. 1993 werden weitere zehntausende folgen. Die Kapitalisten produzieren lieber in Osteuropa oder Fernost, wo die Arbeiter nur einen Bruchteil von europäischen Löhnen verdienen und keine Rechte haben. Nur Traumtänzer können glauben, daß Österreich verschont bleibt.

Inflation frißt Löhne auf

Eine Flut von Preissteigerungen, Gebühren- und Tarifierhebungen wird 1993 die kärglichen Lohnerhöhungen auffressen. Die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung werden auf 5,3% erhöht. Die Regierung will die ÖBB gänzlich "ausgliedern" - d.h. sie soll rentabel werden, die staatlichen Zuschüsse werden drastisch reduziert. Die ÖBB wird die Bahn Tarife um mindestens 5,7% erhöhen, die Sozialtarife werden noch stärker steigen. Die Lohnerhöhungen werden bei ca. 3% für 1993 liegen. Keine Spur von einer Realloohnerhöhung.

Die Reichen werden reicher!

Die vielgerühmte Steuerreform hat eindeutige Gewinner. Eine im Februar '93 veröffentlichte Aufstellung weist 24.000 Einkommensmillionäre in Österreich aus. Von Einkommen, die höher als 2 Millionen sind, müssen im Schnitt 40,3% Steuer bezahlt werden. Die Durchschnittsbesteuerung hoher Einkommen ist damit seit 1989, dem 1. Jahr nach der Steuerreform, deutlich zurückgegangen. 1988 mußten die Bezieher so hoher Einkommen im Schnitt 50,6% an den Staat abliefern!

Die Bruttostundenlöhne sind im Vergleich zu den "reichen" EG-Staaten sehr gering. Und die Unternehmer fordern von den Arbeitnehmern Lohnverzicht. 1990 forderte der ÖGB unter Verzetnisch 10.000.- brutto Mindestlohn. Mitte 1992 verdienten noch 100.000 weniger. Bezogen auf die Forderungen von 1985 müßten die Mindestlöhne 1992 bereits über 13.000 liegen. Tatsächlich verdienten 1991 rund 620.000 Arbeitnehmer (20% aller Beschäftigten) weniger als 12.000.-ÖS. Im Jänner 1993 liegen z.B. Masseusen, Friseurinnen und Beschäftigte

in der Lederwarenindustrie noch immer unter 10.000.-, Zahnartzthelferinnen bei 6.500.- öS brutto.

Viele Unternehmer verordneten den Beschäftigten "freiwilligen" Lohnverzicht und Kürzungen der betrieblichen Sozialleistungen. Eine Welle von Kurzarbeit trifft nun auch Österreich. Derzeit sind rund 3900 Beschäftigte betroffen (900 mehr als im Jänner 1993). Die Arbeitsmarktverwaltung hat für die ersten zwei Monate bereits 70 Millionen ÖS Kurzarbeitsunterstützung veranschlagt. 1992 betrug die gesamte Unterstützung 70 Millionen.

Privatisierung beschleunigt!

Die ÖVP will die Privatisierung verstaatlicher Unternehmen beschleunigen. Sie fordert die totale Zerschlagung des Verstaatlichten-Konzerns. Die profitablen Bereiche werden an Multis, Banken und Unternehmern verschachert - dann werden Arbeiter gekündigt, Löhne gekürzt und die Gewinne fließen zu den privaten Eigentümern. Noch gibt es große Branchen, die sich im Besitz öffentlicher Körperschaften befinden - ORF, Wald- und Grundbesitz, Theater, Salinen... Die Unternehmer sitzen schon in den Startlöchern - Privatisierung ist ein gutes Geschäft für die Kapitalisten.

All dies sind Beispiele einer arbeiterfeindlichen Politik, die alle Reichtümer der Gesellschaft den privaten Unternehmern, Reichen und Spekulanten in den Arsch schiebt.

Wehren wir uns!

Wir fordern von SPÖ und ÖGB einen klaren Kurs gegen die Unternehmer, um die Rechte und den Lebensstandard der Arbeitnehmer zu verteidigen! Wir fordern eine sozialistische Politik, die allen Arbeitnehmern und ihren Familien soziale Sicherheit, Wohnungen, Arbeit und Bildung garantiert. Wir fordern nicht nur den Stopp der Privatisierungspolitik, sondern auch die Überführung aller wichtigen Betriebe in Gemeineigentum. Die privaten Unternehmer kümmern sich nur um ihren Profit - unser Leben ist diesen Leuten egal! Jedes Recht, jeder Schilling Lohnerhöhung und jede Gemeindegewinnung ist nur dann sicher, wenn vor allem der ÖGB und die SPÖ, wenn die organisierte Arbeiterschaft, gegen die Kapitalisten entschieden auftritt. Es gibt nicht ein Österreich - es gibt Arme und Reiche, Arbeiterklasse und Kapitalisten!

Thomas Kerschbaum
Themeninitiative Jugendarbeit/ SPÖ 20

Wie ihr uns treffen könnt...

VORWÄRTS-Unterstützer/innen sind in vielen Gruppen der Sozialistischen Jugend aktiv. Einige Gruppen in Wien wurden von der SJ-Führung aufgelöst. Um die Zusammenarbeit zwischen diesen Gruppen zu verbessern und sich gegen neuerliche Angriffe gemeinsam zu wehren, haben Aktivisten/innen dieser Gruppen die Kampagne "JUGEND FÜR SOZIALISMUS/ Aktion für eine sozialistische SJ" gegründet. Alle Gruppen treffen sich weiterhin regelmäßig, wenn auch teilweise unter erschwerten Bedingungen, um politische Arbeit zu machen.

WIR TREFFEN UNS:

SJ 3
Gruppe COMMUNE:
jeden Mittwoch 19 Uhr
Wien 3, Zentrum Eruberg
Lechnerstr. 2-4

SJ 5 - aufgelöst/JFS
Wien 5
Gruppe ROTER STERN:
jeden Freitag 18.30 Uhr
Reinpreitsdorferstr. 6

Gruppe FUNKE:
jeden Mittwoch 19 Uhr
Jugendzentrum, Wien 5
Grünwaldg. 4

Gruppe VORAN
jeden Donnerstag 19 Uhr
Jugendzentrum 5
Grünwaldg. 4

SJ 6
LINKE AKTIONSGRUPPE:
jeden Dienstag 19 Uhr
Wien 6, Wallg. 4

SPÖ 20/ Themeninitiative Jugendarbeit
Gruppe SAJ:
jeden Mittwoch 19 Uhr
Wien 20, Marchfeldstr. 16-18/4
Sektion 17

SJ 23
Gruppe OFFENSIV
jeden Dienstag 19 Uhr
Wien 23, Holzhitte
Sobotag/Purkytg.

SJ Salzburg - aufgelöst
Gruppe AUFBRUCH:
jeden Freitag 19 Uhr 30
im Internationalen Jugendzentrum
Gabelsbergerstr. 17

SJ Feldkirch
Gruppe ROTE AKTION:
jeden 2. Samstag 19 Uhr
Jugendhaus Graf Hugo
Feldkirch/Vbg.

IMPRESSUM:
Eigentümer, Herausgeber und Lfd. v. VORWÄRTS zur
sozialistischen Demokratie, PF 2 1082 Wien
Druck: A. Riegelnick, Parisierstr. 19 1080 Wien
Erscheinungsort: Wien
Hergestellt aus Recycling-Papier

Totes Meer



Die Tankerkatastrophe vor den Shetland-Inseln hat das Thema Ölwieder einmal in die Schlagzeilen der Presse gebracht.

Tatsache ist, daß es in den letzten Jahren zahlreiche Tankerunglücke gab (vor Alaska '89, vor Genua '91, vor La Coruna '92, in der Straße von Malakka '93), bei denen hunderttausende Tonnen Öl ins Meer geflossen sind. Bilder von öligen Tierleichen, die aus dem Wasser gefischt werden, stehen wieder auf der Tagesordnung. Außerdem werden durch den Ölpeppich Arbeitsplätze und lebenswichtige Erträge in der Fischerei gefährdet. Als Ursache wird meist "menschliches Versagen" angegeben.

Allerdings ist jedes fünfte Tankschiff so desolat, daß es verschrottet werden müßte. Die Weltflotte technisch auf Vordermann zu bringen, würde Milliarden kosten, und auch das wäre keine Garantie für das Ende der Tankerkatastrophen, weil die schlechte Ausbildung der Mannschaften, die mangelhaften Kontrollen und der Zeitdruck, unter dem Kapitäne und Mannschaften stehen, auch nicht vergessen werden dürfen. Festgestellt wird das nicht etwa von Greenpeace, sondern in einer Studie des Ölmultis Shell. Und dort "beantworten" sie die Schuldfrage auch gleich: Die Reeder seien für den katastrophalen Zustand ihrer Schiffe verantwortlich. Diese kontern, daß die Ölmultis den Einsatz von sicheren, dadurch aber auch viel teureren Schiffen nicht honorieren. Gezahlt wird angeblich deshalb nicht, weil die Mehrkosten den Konsumenten nicht zugemutet werden sollen. In Wirklichkeit geht es aber nicht um die Bedürfnisse der Konsumenten, sondern um die Gewinne der Öl-Gesellschaften. Die Konsumenten müssen in der verschmutzten Umwelt leben und haben daher auch ein Interesse an Umweltschutz. Es geht den Öl-Multis auch nicht darum, den Preis für die Konsumenten niedrig zu halten. Im Gegenteil, sie nutzen jede Gelegenheit, um die Preise in die Höhe zu treiben (z.B. bei den Ölpreisschocks). Die Unternehmer wollen möglichst hohe Gewinne - und dafür ist ihnen jedes Mittel recht. Es gibt bereits zweiseidige Öl-Tanker, aus denen bei einem Unfall viel weniger Öl fließen würde. Diese sind aber teurer und es wurde bis jetzt kein einziger in Auftrag gegeben. Es wird vermehrt unter Billigflaggen gefahren, die eine schlechter ausgebildete Mannschaft

richten, selbst bezahlen. Doch wie sehen die Eigentumsverhältnisse aus? Bei dem unter liberianischer Flagge gefahrenen Tanker "Braer" beispielsweise, der Anfang Jänner vor den Shetland-Inseln aufgelaufen ist, liegen diese perfekt verstreut auf Tochter- und Treuhandunternehmen verteilt, irgendwo zwischen dem Norweger A. Bergvall und seinem amerikanischen Partner M. Hudner, die beide als "Meister" im Aufbau komplizierter Syndikate und Beteiligungen gelten. So ist es schwer, jemandem die Aufräumungskosten für Umweltschäden anzulasten und die Schäden werden letztendlich von der Bevölkerung bezahlt. Sie leidet nicht nur unter den Folgen, sondern muß auch noch bezahlen. Die Reeder wollen sich davor schützen im Fall eines Unfalls zur Kasse gebeten zu werden.

Die Unternehmer, die täglich ökologisch wertvolle Küstengebiete gefährden, müssen enteignet werden, damit das Ölgeschäft nach Nutzen statt nach Profit geführt wird. Wir müssen kämpfen, um uns und unsere Umwelt, vor programmierten "Unfällen" des Kapitalismus zu schützen.

Remi Gazzari, JFS Margaretta

Tod auf Österreichs Schienen

Die Bahnhöfe in Melk und Hütteldorf waren Schauplätze der beiden Eisenbahn-karambolagen im Februar. Insgesamt starben dabei 6 Menschen, weitere 50 wurden verletzt. In den Medien wurde "menschliches Versagen" als Unfallursache angegeben. Doch über die wahren Ursachen wurde wenig berichtet.

Kurz nach dem jeweiligen Unglück gab die ÖBB-Führung bekannt, daß die Lokführer die Hauptschuld an den Unfällen zu tragen haben. Die ÖBB ist sich selbst keiner Schuld bewußt. Aber - seit der Einführung des "Neuen Austrotaktes" (NAT) 1991 stehen die Bahnbediensteten gewaltig im Streß. Ein Lokführer legt jetzt (ohne Mehrbezahlung) mehr km/Tag zurück als vor der Einführung des NATs. Die durchschnittliche Pausenlänge in Endstationen sank von 40 auf ca. 10 Minuten. In dieser Zeit muß der Lokführer aber noch die Lok überprüfen und die Übergabebücher ausfüllen. Durch den NAT ist aber nicht nur das Personal überlastet, sondern auch die Bahnverbindungen. Dadurch ist das Unfallrisiko natürlich nicht kleiner geworden. Die ÖBB hat zwar neue Leute eingestellt, doch diese

wurden zu wenig geschult auf die Schienen geschickt. Es wurde wieder einmal an der falschen Stelle gespart, um (im Falle der ÖBB) weniger Defizit zu haben. Hinzu kommt noch, daß Lokführer oft 14 Stunden Dienst hintereinander, nur von kurzen Pausen unterbrochen, haben. 14 Stunden äußerster Konzentration in denen oft nicht mal Zeit ist, aufs WC zu gehen. Viele Lokführer sind aber angewiesen auf Überstunden und Nachtdienste, die oft ein wichtiger Teil des Gehalts sind.

Solange aber die das Sagen haben, die in ihren Ledersesseln sitzen, fette Bezüge kassieren und vom Streß der "normalen" Angestellten weit entfernt sind, wird sich daran auch nichts ändern. Die aber, die täglich im Dienst sind, und alle Probleme und Schwächen hautnah miterleben, wissen doch viel besser, was notwendig ist. Die Mißstände müssen gezielt beseitigt werden, um nicht noch weitere Fahrgäste und das Zuggesamt zu gefährden. Im Februar waren es 6 Tote. Wie viele werden es im nächsten Monat sein?

Harald Kratochvila
SPÖ 20/ Themeninitiative
Jugendarbeit

Marxismus Aktuell

Zwei Jahre nach Beginn des Golfkrieges kam es neuerlich zu Angriffen seitens der USA auf den Irak. Einmal mehr unterstrich die USA deutlich ihre Weltpolizistenrolle in der Golfregion. **Völkerrechtlich gibt es nur gleichberechtigte Staaten. Warum gibt es Staaten, die andere in wirtschaftlicher Abhängigkeit halten und militärisch und UNO-sanktioniert ihren Willen auszuüben?**

Marxisten bezeichnen das derzeit herrschende Weltssystem als Imperialismus. Das es so etwas gibt, bzw. gegeben hat, wird auch in der bürgerlichen Geschichtsschreibung nicht geleugnet. Dort wird der Imperialismus von 1880-1914 angegeben. Das ist die Zeit von der Besetzung Ägyptens über den weltweiten Wettlauf um koloniale Gebiete, der dann im 1. Weltkrieg gipfelte. Danach ist laut unseren Schulbüchern die imperialistische Epoche in der Weltgeschichte abgeschlossen.

Doch für Marxisten ist der Imperialismus weit mehr. **Er ist das gegenwärtige Stadium des Kapitalismus.** Marx und Engels schrieben 1848 im Kommunistischen Manifest: **„[Die Bourgeoisie] zwingt alle Nationen, sich die Produktionsweise der Bourgeoisie anzueignen... Sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, das heißt, kapitalistisch zu werden.“**

Es ist im Kapitalismus ein absolutes Muß, den Profit immer zu steigern. **Deshalb muß auch der Absatzmarkt erweitert werden.** Territoriale Erweiterung bringen auch neue Rohstoffe und billige Arbeitskräfte. Das führte zur weltweiten Unterdrückung (ex-)kolonialer Länder. **Ein alle Länder umfassender Weltmarkt bildete sich heraus.** Weiters kommt zu es einer immer höheren **Konzentration des Kapitals in den Industrieländern selbst.** Lenin beschrieb dies 1916 als eine der Hauptkennzeichen des Imperialismus in seinem Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“. Er schreibt: **„Der Imperialismus ist das monopolistische Stadium des Kapitalismus.“** Es bilden sich weltweit **Monopole und Multinationale Konzerne, die den ganzen Weltmarkt beherrschen.“**

Für Lenin ist im Imperialismus die Aufteilung des Weltterritoriums schon abgeschlossen. (wie schon kurz vor dem 1. Weltkrieg). Diejenigen Kapitalistischen Staaten), die bei der Verteilung der Einflusssphären "zu spät" kamen, kämpften daher gegen die dominierende Staaten für eine Neuverteilung der Kolonien. **So steht der Krieg im Kapitalismus immer im Zusammenhang**

Imperialismus

mit dem Imperialismus und mit wirtschaftlichen Fragen. Karl Liebknecht meinte dazu, daß "der kapitalistische Krieg in erster Linie eine Waffe im internationalen Konkurrenzkampf um Absatzmärkte... um Arbeitskräfte... also ein Werkzeug zum Zweck ursprünglicher Akkumulation..." ist. **Nach dem 1. Weltkrieg teilten die Siegermächte die Welt erneut unter sich auf.** Damit war insbesondere das deutsche Bürgertum unzufrieden und setzte nicht zuletzt aus diesem Grund auf die imperialistische Politik Hitlers, der ankündigte, Deutschland (und damit das deutsche Bürgertum) werde die Welt beherrschen. Gleichzeitig sahen alle Kapitalisten im zuerst revolutionären, dann stalinistischen, Sowjetrußland eine Bedrohung. Die USA hielten sich lange Zeit aus dem 2. Weltkrieg heraus. Ihre Intervention in Europa (erst Ende 43/ Anfang 44) hatte rein imperialistischen Charakter. Es ging darum, dem Vormarsch der siegreichen Roten Armee einen Gegenpol entgegenzusetzen. **Und auch Großbritanniens Engagement hatte wenig mit Antifaschismus zu tun.**

Nach dem 2. Weltkrieg war die USA die imperialistische Supermacht. Den einzigen Gegenpol stellten die stalinistischen Staaten des Warschauer Paktes dar. **Formell nahmen die meisten Staaten Abschied vom Kolonialismus. Das bedeutete, daß die Kolonien "politisch" unabhängig wurden. Wirtschaftlich hingegen nahm die Abhängigkeit zu.** Die Verschuldung, ungleiche Austauschverhältnisse von Rohstoffen und Industriegütern und Rückführung der Gewinne Multinationaler Konzerne in die Industrieländer führen dazu, daß die 3. Welt auch heute weiter wirtschaftlich ausgeblutet wird. In Wirklichkeit herrschten in vielen Staaten vom Westen eingesetzte, hörige und korrupte Regimes. Teilweise wurden einfach Striche durch die Landkarte gezogen, reiche Territorien für souverän erklärt und irgendeine Dynastie eingesetzt (z. B. Kuwait). Diese Diktaturen verwalteten und verwalteten ihre Staaten mit militärischer Unterstützung im imperialistischen Konzern und Staaten. Versuche der Arbeiterklasse in verschiedenen Ländern, die sozialen Verhältnisse zu verändern, wurde in den letzten 40 Jahren immer wieder mit brutaler Gewalt begegnet. **Entscheidend war immer die Frage, ob die Interessen des Westens, allen voran die der USA, gefährdet sind oder nicht.** Korea, Vietnam, Panama,



Grenada, Kuba-Blockade oder Nicaragua - eine Blutsperre zieht sich durch die Geschichte der imperialistischen Staaten seit dem 2. Weltkrieg.

Durch den Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa ergibt sich eine neue Weltlage. Es gibt heute drei imperialistische Zentren - die USA, EG und Japan. **Durch Wegfall der gemeinsamen Bedrohung im Osten sind die innerimperialistischen Konflikte wieder stärker aufgebrochen.** (Die unterschiedlichen Auffassungen im Jugoslawien-Krieg sind erste Anzeichen dafür.) 3.-Welt-Staaten, deren Regimes ebenfalls machtpolitische Ambitionen zeigen und so aus der Reihentanz, werden militärisch angegriffen. Dies war und ist der Fall beim Irak (auch wenn er nicht zuletzt vom Westen jahrelang als Bollwerk gegen den Iran auch militärisch aufgerüstet wurde).

In einem Konflikt zwischen einem imperialistischen Staat und einem exkolonialen Land, z. B. im Kampf um nationale Befreiung, stehen wir als Marxisten immer auf seiten der unterdrückten Nationen und wirtschaftlichen Entwicklungsländer. Das bedeutet aber nicht, das wir uns bedingungslos an irgendwelche korrupten Diktatoren anpassen. Der Sturz solcher Regimes ist in die einzige Garantie, den Imperialismus wirksam zu bekämpfen.

Eine imperialistische Intervention bringt nie eine Verbesserung für die Masse der Bevölkerung wie die Wiedereinsetzung der Scheiße in Kuwait beweist. Die US-Armee ist in den 80er Jahren einfach in Panama einmarschiert, um einen Diktator zu stürzen, weil dieser für die US-Regierung zu mächtig wurde. Tausende Opfer unter der Zivilbevölkerung waren die Bilanz der US-Intervention. Jetzt regiert noch immer eine Diktatur. Die Völker der exkolonialen Welt müssen ihre Diktatoren selber zum Teufel jagen und jegliche Einmischung durch die imperialistischen Staaten verhindern und bekämpfen. **Die Arbeiterbewegung und -parteien müssen in den kapitalistischen Industrieländern eine starke Front gegen den Imperialismus aufbauen, um die unterdrückten Völker zu unterstützen.**

David Mayer

S.J. Vorraber/ Gruppe Rote Aktion

Slowakei: Enttäuschte Hoffnungen

Langsam aber sicher verflüchtigen sich in der Slowakei die Illusionen in die "freie demokratische (?)" Marktwirtschaft. Der slowakische Premierminister Vladimir Meciar war zuerst "Juniorpartner" in einer sehr ungleichen Staatengemeinschaft. Jetzt führt er ein eben unabhängig gewordenes Land in einen Sumpf aus Inflation und Massenarbeitslosigkeit.

Im ersten Monat ihrer Unabhängigkeit 1993 verteuerte sich in der Slowakei alles um (im Durchschnitt) 10%. Soviel betrug die Inflation für die CSFR im ganzen vorigen Jahr! Wenn sich dieser Trend weiter fortsetzt, hat die junge Republik die höchste Inflationsrate in Europa nach Rußland. Gleichzeitig sollen die Löhne heuer um maximal 10% für das Jahr (!) steigen. Das wird die ohnehin ausgebluteten Slowaken in die Verzweiflung stürzen. Der teure und unnötige Währungswchsel wird zu massiver Abwertung führen und die Wirtschaft ruinieren. Laut Prognosen soll die Arbeitslosenrate von jetzt zehn Prozent auf zwanzig steigen. In einem Land mit 5 Millionen Einwohnern bedeutet dies eine Verdoppelung auf 700.000 Arbeitslose. Ein weiterer trauriger Rekord: Schon jetzt ist die Slowakei das Land mit der niedrigsten Lebenserwartung auf unserem Kontinent.

Im Gegensatz dazu stehen nach wie vor nur 2% Arbeitslose in Tschechien. Böhmen und Mähren verdanken dies in erster Linie dem Umstand, daß sie 92% aller Auslandsinvestitionen der frühen CSFR erhielten. Auch Tschechien wird den kühlen Wind der Krise zu spüren bekommen, aber die

Slowakei wird durchgeschüttelt werden.

Die glühende Beigeisterung der Massen nach der "samtenen" Revolution von 1989 hat sich in Zynismus gewandelt. Bei den letzten gemeinsamen tschechoslowakischen Wahlen ergatterte die herrschende HZDS von Meciar gerade 38% der Stimmen, bestimmte aber das Schicksal des Staates und strebt jetzt nach absoluter Macht. Es ist so gut wie sicher, daß Michael Kovac, Meciar's früherer stalinistischer Gefolgsmann, zum Präsidenten gewählt wird. In Meciar's Hand wird dadurch enorme Macht konzentriert sein. Schon jetzt ist er nicht gerade zimperlich mit oppositionellen Stimmen umgegangen. Z. B. versuchte er bei der letzten Bürgermeiswahl, der zweitgrößten slowakischen Stadt, Kosice, das Warmwasser wegen ihrer Schulden abzdrehen, für den Fall, daß sein Kandidat in dieser Stadt nicht gewählt werden würde. Desillusioniert blieb mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten zu Hause und weniger als die Hälfte davon stimmte für Rudolf Bauer vom rechten ODU-Bündnis (der aufgrund des Wahlsystems damit die Wahlen gewann). Das waren also nur 10% der gesamten Stadtbevölkerung. Weit mehr,

Kapitalismus: Nur leere Worte!



ungefähr die Hälfte der Bevölkerung von Kosice, hat allerdings die Bezahlung der Mieten nach den enormen Erhöhungen verweigert.

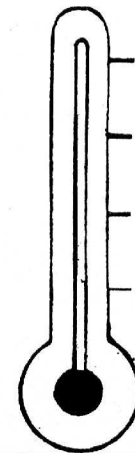
Gleichzeitig ist aber die Wahl Bauers auch ein Zeichen für die Ernüchterung über die "Mitte-Links"-Parteien - die SDL (Stalinisten), die Sozialisten, und die HZDS - die keine klare politische Alternative zur Marktwirtschaft und ihren Folgen bieten.

Der einzige Ausweg für die slowakischen Arbeiter und Jugendlichen ist der Aufbau einer politischen Bewegung mit einem klaren sozialistischen Programm.

Michael Janos, Kosice, Slowakei

KAMPFONDS

Wo sind öS 13.239,80? Diese Summe fehlt uns nämlich, wenn wir planmäßig unser Finanzziel für 1993 erreichen wollen: Statt der angepeilten 55.000,- kamen bis jetzt nur 41.770,20 an Spenden, Zeitungsvorkäufen usw. herein, das bedeutet zwar nicht den Ruin, aber wenn wir uns das heißersehnte Faxgerät tatsächlich heuer anschaffen wollen, liegt noch einiges vor uns. Beispiele, wie es gemacht wird, gibt's genug: Bei der Kerzen-demo am 23.1 konnten wir als kämpferisches Lichtpolitisches Material um 10.000,- verkaufen. Bei ähnlichen Veranstaltungen wurde von Vorraberger **VORWÄRTS**-Unterstützern 1.000,- eingenommen, aus Salzburg kamen 2.000,-. Beim **VORWÄRTS**-Silvesterfest in Wien wurden 2.318,80 gesammelt. Hohe Einzelspenden von 200-500 Schillinge (eine sogar über tausend) besserten unser Ergebnis gewaltig auf. In den nächsten zwei Monaten gilt es, 55.000 plus den Fehlbetrag der letzten beiden Monate durch aktive politische Arbeit zu sammeln. Wir brauchen unsere Ideen und unsere Finanzen nicht verstecken - wir sind nicht großen Finanziers, sondern nur der Arbeiterbewegung verpflichtet.



275.000.-
220.000.-
165.000.-
110.000.-
55.000.-

**SPENDENKONTO
PSK 8812.733**

NEU * NEU * NEU * NEU * NEU

VORWÄRTS - BROSCHÜRE

"Was ist Faschismus? - ...und wie wir ihn bekämpfen!"

Aktuelles, Historisches und Theoretisches zum Thema Faschismus

Um nur 30,- (inkl. Porto) bei der Redaktion zu bestellen. PSK Konto 8812.733

SPÖ: rechte Politik, leere Sektionen

Die SPÖ hat in den letzten Jahren zehntausende Mitglieder verloren. Bei jeder Wahl stellt sich nur die Frage, wieviele Wählerstimmen diesmal ausgeblieben sind. Die Aktivisten, Vertrauensleute der SPÖ in den Sektionen, schwinden zusehends, viele Sektionen in Wien stehen vor der Auflösung. Die SPÖ hat einen Vorsitzenden, dem zwar die Umfragen bescheinigen, bei den Wählern beliebt zu sein, aber der in der SPÖ ein Fremdkörper geblieben ist. Die SPÖ hat zwar ein gültiges Programm, an dessen Grundsätze aber sich nicht einmal der Vorsitzende hält. Die SPÖ hat auch zwei Zentralsekretäre. Einer sucht mittlerweile einen gutbezahlten Job in der öffentlichen Wirtschaft, der andere ist bekannt geworden, daß er Wahlversprechen bricht und "Ministrant" des Vorsitzenden ist. Eine Regierungspolitik, die durch Anti-Ausländergesetze und Sozialabbau geprägt ist. Und die SPÖ hat eine Jugendorganisation, deren Subventionen aufgeteilt auf die Aktivisten jedem von selbigen ein arbeitsfreies Grundeinkommen garantieren würde.

Versagen des Reformismus

Wenn diese krisenhafte Entwicklung der SPÖ andauert, wird sie sich zu einer reinen Wahlpartei entwickeln. Es wird dann zwar ein Umwelt- und Jugendservicebüro, viele Sekretariate mit gutbezahlten Funktionären geben, nur keine aktive Parteibasis. Nach dem 2. Weltkrieg wurde die SPÖ auf eine prokapitalistischen Kurs eingeschwenkt. Reformen im Rahmen des Kapitalismus sollten die Lage der Arbeiterschaft verbessern. Linke Kritiker in der Partei wurden beseitigt geschoben und mundtot gemacht. Die SPÖ wurde in der 2. Republik eine mächtige staatstragende Partei, über die Gewerkschaften und die Sozialpartnerschaft verantwortlich für die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Parteiführung stand ab nun an der Spitze des Staates, in enger politischer Koalition mit der ÖVP und den Unternehmern, und profitierte von der Macht und Privilegien. Der wirtschaftliche Aufschwung bis in die 70er Jahre hinein war die Basis für die Errungenschaften der SPÖ und des ÖGB. Unter dem SPÖ-Vorsitz Kreiskys konnte die SPÖ mit einem Reformprogramm die absolute Mehrheit im Nationalrat erreichen. Arbeitszeitverkürzung, Justizreform, Fristenlösung, Verstaatlichten-Politik, Vollbeschäftigung - Eckpunkte "erfolgreicher" sozialdemokratischer Reformpolitik. In Zeiten wirtschaftlicher Krise, die seit Mitte der 70er Jahre natürlich auch Österreich nicht verschont, ist die Zeit der Reformpolitik vergessen. Die Unternehmer wollen ihre Profite retten und die SPÖ-Führung hat ihnen in den 80er

Jahren besonders dabei geholfen. Die SPÖ führt aktiv eine Politik der sozialen Konterreformen (d.h. Abbau von sozialen Errungenschaften der organisierten Arbeiterschaft) durch. Es gibt keinen Spielraum mehr für spürbare Verbesserungen der Lebenssituation der Arbeiterklasse im Rahmen des bestehenden wirtschaftlichen Systems. Mit dem Kapitalismus gerät damit auch die "reformistische" Politik der SPÖ in eine Krise.

Korruption und Bürokratie

Durch die Beteiligung an der Macht im Staat, verbunden mit Spitzengehältern und Privilegien, entstand eine abgehobene Schicht von Funktionären in der SPÖ, die zu mehr ein Interesse hat: ihre Privilegien zu sichern. Bereitwillig macht diese Schicht, auch "Parteibonzen" von der Basis genannt, jeden politischen Schwenk, von dem sie annimmt, daß er ihr nützt, mit. Die SPÖ ist auf dem besten Weg zum "Vranitzky-Wahlverein". In der SPÖ haben nicht die Sektionsfunktionäre und Aktivisten Einfluß bei Wahlkämpfen oder bei Erstellung der politischen Linie. Die Wahlkämpfe und die Werbemaßnahmen und PR-Managern. Die Basis in den Sektionen sowie die zehntausenden nicht organisierten Parteimitglieder werden über Fernsehen und Zeitungen von der politischen Linie der Parteiführung informiert. Die Vertrauensleute der Partei haben für die SP-Zentrale den Nutzen verloren, die Parteidemokratie funktioniert straff von oben nach unten ohne parteiinterne Diskussionen. Natürlich gedeiht in solch einem politischen Klima Opportunismus, "Freunderwirtschaft" und Korruption. Seit Ende der 80er Jahre häufen sich Korruptionsskandale und strafrechtliche Verfolgung von hohen SPÖ-Funktionären.

SPÖ am Ende?

Auch wenn sich viele Arbeitnehmer und Jugendliche im Moment aus Abscheu über die aktuelle Politik von der SPÖ abgewandt haben, bedeutet das nicht das Ende für die SPÖ. Die SPÖ und die angegliederten Organisationen wie die Mietervereinigung, aber auch der ÖGB, sind die traditionellen Organisationen der österreichischen Arbeiterschaft. Die SPÖ bietet zur Zeit aber keine Aussicht auf politische Veränderung für kämpferische Arbeiter und Jugendliche. Die Enttäuschung über die Tatenlosigkeit der SPÖ ist besonders in den früheren Hochburgen der SPÖ sehr hoch. Warum sollten z.B. die Beschäftigten in der (vormals) Verstaatlichten Industrie der SPÖ den Mitgliedsbeitrag abliefern? Kein



Vranz allein ist nicht viel

Wunder, in fast allen Fragen steht die Führung auf Seiten der Unternehmer. Über den Gewerkschaftsarm (FSG) wirkt sie auf Arbeitskämpfe zumindestens bremsend. Doch das ändert nichts daran, daß die Unternehmerangriffe früher oder später massive Gegenwehr auch der österreichischen Arbeiterschaft provozieren werden. Es ist allerdings möglich und in einigen Bereichen wahrscheinlich, daß diese Kämpfe zunächst außerhalb der traditionellen Strukturen von SPÖ und ÖGB beginnen. Doch aus diesen Kämpfen wird nicht automatisch eine neue linke Massenpartei entstehen. Die kampfbereiten Schichten der Arbeiterschaft werden früher oder später versuchen, ihre "alten" Organisationen zu verändern. Die wirtschaftliche Krise, der massive Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit (wie in der Steiermark und im Burgenland über 10%) werden Teile der SPÖ nach links bringen, die alten links-reformistischen Konzepte wie Arbeitsplätze schaffen mit Staatsschulden werden wieder ausgegraben werden. Ein linker Flügel (auf Funktionärebene) könnte sich aufgrund der sozialen Misere bilden, als Protest gegen die rechte Parteiführung. Zuerst werden sich gewerkschaftliche Kämpfe gegen Sozialabbau und Massenkündigungen entwickeln. Die SPÖ- und Gewerkschaftsführung mauert, jede fortschrittliche Bewegung der Arbeiterschaft könnte ihre Machtpositionen gefährden. Die SPÖ ist keine einheitliche Partei, die Parteispitze hat sich der Parteibasis weit entfernt. Unsere Aufgabe als Marxisten, die innerhalb der Sozialdemokratie für sozialistischer Ideen kämpfen, treten auch innerparteilich gegen die konservativen Rezepte der Parteiführung auf. Die SPÖ hat ihren Namen nur verdient, wenn sie auf der Straße für die Rechte der Arbeiterschaft kämpft. Erfüllt diese Parteiführung diese Aufgabe? SPÖ verändern - jetzt die wichtigste Aufgabe, um gegen die konservative Politik zu kämpfen. Ein wirklich sozialistisches Programm als Alternative zum Zynismus und rechten "Pragmatismus" der SPÖ-Führung!

John Evers JG 5-Vorsitzender

Operation Peloponnes schlägt zu

Die Säuberungen innerhalb der Sozialistischen Jugend (SJ) gegen Marxixten gehen weiter!

Nach den Ausschüssen und Gruppenauflösungen in Wien im März '92 wurde am Landesauschuß der SJ Salzburg am 26.1.93 die Gruppe AUFBRUCH aufgelöst und 4 GenossInnen (Michael Hennerbichler, Wolfram Huber, Claudia Sorger, Manfred Wiesner) ausgeschlossen.

Undemokratische Blitzaktion

Diese undemokratische Aktion, die in nicht mehr als 45 Minuten durchgeführt wurde, war schon lange geplant und nicht einmal der gesamte Vorstand war vorher informiert worden. Wir hatten Glück, durch Zufall schon vorher davon zu erfahren. Zwei Tage vor dem "Ereignis" entdeckten wir den gesamten Plan für die Ausschüsse und die Auflösung, der wahrscheinlich schon im Dezember entstanden war. In einer Computer-Datei mit dem ominösen Namen "Operation Peloponnes" fanden wir vordatierte Briefe an den Verband sowie an die Mitglieder der SJ-Salzburg und eine Presseerklärung, in denen Beschlüsse, die erst später gefällt wurden, bereits als gegeben angenommen wurden. In einem dieser Briefe steht: "Dieser Schritt ist als klares, politisches Zeichen seitens der LO (Landesorganisation d.R.) - Salzburg zu werten, was Organisationsverständnis und inhaltliche Herangehensweise betrifft." Des weiteren wurde ausdrücklich erwähnt, daß die Ausschüsse in Salzburg nichts mit den Ausschüssen der fünf VORWÄRTS-Unterstützer in Wien zu tun haben.

Warum das Ganze?

Der Hauptgrund für die Ausschüsse liegt in unserer konsequenten politischen Arbeit, wie zum Beispiel die Gründung des Antifakomitees Salzburg. Die SJ Aufbruch hat regelmäßig Infotische, Diskussionen etc. veranstaltet und ist seit etwa einem Jahr (seit der Gründung) ständig aktiv. Auch in Salzburg hat die SJ-Führung uns anstatt einer ernsthaften politischen Auseinandersetzung, nur bürokratische Schritte entgegen zu halten.

Am Ausschluß, wo die Beschlüsse gefaßt wurden, hatten wir keine Chance mehr, die ausgemachte Sache zu verhindern. Teilweise stimmten Leute mit, die dem Anschein



Skandal in Salzburg

Operation Peloponnes schlägt zu

Die Ausschüsse der Sozialistischen Jugend (SJ) Salzburg am 26.1.93 die Gruppe AUFBRUCH aufgelöst und 4 GenossInnen (Michael Hennerbichler, Wolfram Huber, Claudia Sorger, Manfred Wiesner) ausgeschlossen.

Die Ausschüsse der Sozialistischen Jugend (SJ) Salzburg am 26.1.93 die Gruppe AUFBRUCH aufgelöst und 4 GenossInnen (Michael Hennerbichler, Wolfram Huber, Claudia Sorger, Manfred Wiesner) ausgeschlossen.

nach willkürlich Projektgruppen zugeordnet wurden, um Stimmrecht zu bekommen, und die uns noch nie zuvor gesehen hatten, geschweige denn die Arbeit der SJ-Gruppe AUFBRUCH kannten. Nicht einmal der Anschein von Demokratie wurde gewahrt. Gleich nach den Ausschüssen und der Gruppenauflösung starteten wir eine Kampagne gegen diese Säuberungsaktion mit Unterschriftenlisten und einer Diskussionsveranstaltung. Kurz darauf wurden die 4 GenossInnen wieder aufgenommen, aber stattdessen mit Funktions- und Büroverbot belegt. Das ändert natürlich so gut wie nichts an der Situation und die Gruppe bleibt weiterhin aufgelöst.

SJ vor der Auflösung?

Die ganze Vorgangsweise zeigt den Zustand der SJ, deren Entwicklung zu einer reinen Serviceorganisation ohne Basisarbeit sich schon seit längerem abzeichnet. Die SJ-Führung hat kein Interesse, die Arbeit von aktiven, kritischen Leuten zu unterstützen, sondern will hauptsächlich ihr Geld und ihre Karriere absichern. "Unangenehme" GenossInnen, die auch noch eine ANTI-EG-KAMPAGNE starten (und damit eine andere Meinung als SJ und SPÖ-Führung vertreten), sind da nicht erwünscht.

Trotz des Zustands dieser Organisation und der Art und Weise, wie mit kritischen SozialistInnen umgegangen wird, machen wir weiterhin sozialistische Jugendarbeit mit der Gruppe AUFBRUCH in Salzburg.

Claudia Sorger SJ Salzburg
- Funktions- und Büroverbot

Leistet die Bundesregierung und der Kanzler Basisarbeit für die EG?

Will Kanzler Vranitzky 1893 persönlich Knochenarbeit für die EG leisten und "von Wirtshaus zu Wirtshaus radeln". Oder wird uns die Bundesregierung mit einer millionenschweren Propagandakampagne "überzeugen", wie wir über den EG-Beitritt zu denken haben?

Wie in der Zeitschrift "News" berichtet wurde, will uns der Kanzler mit "intensiver Basisarbeit" für sein Lieblingsprojekt, der Integration Österreichs in die Gemeinschaft der europäischen Länder, überzeugen. Allerdings widerspricht die EG in Zielen und Aufbau den ursprünglichen Zielen der SPÖ. Bevor aber das Volk befragt wird, hat Österreich schon ein Missionsgebäude neben den EG-Zentralen. Da stellt sich die berechnete Frage, wer die 6000 m² Bürofläche, die 65 Mitarbeiter und die Datenleitungen in die Wiener Ministerbüros bezahlt? Natürlich bezahlt die österreichische Bevölkerung dieses Missionsgebäude mit den Steuergebern. Diese Schritte werden natürlich schon vor einer Abstimmung gesetzt, da sich die Bundesregierung davor scheinbar so lange wie möglich drücken möchte. Die Tatsache, daß dieses Europa ein Europa der Unternehmer und der Multinationalen Konzerne ist, werden uns die Euro- und Bürokraten sicherlich verschweigen! Dafür kann man sich als kritischer Mitbürger am "Europa-Telefon" die "Schokoladenseite" eines EG-Beitritts anhören und mit kostspieligen Broschüren wird natürlich auch nicht gespart.

Mit dieser Politik vertritt die SPÖ aber nicht die Interessen der Arbeitnehmer! Deswegen werden viele aus Protest JG Haider in die Falle gehen. Die Basisarbeit der "Arbeiterpartei" ist schwächer denn je. Viele SPÖ-Wähler können sich mit dieser Art von Politik nicht mehr identifizieren. Klare Forderungen wie z.B. die 35-Stunden-Woche sind der SPÖ derzeit ferner denn je. In dieser EG wird wohl die 40 oder sogar 45-Stunden-Woche wieder angesagt sein. Ich bin der Meinung, daß eine Arbeiterpartei lieber das Interesse der Wähler vertreten sollte, anstatt so eine einseitige Politik für diese "Wirtschaftsgemeinschaft" zu betreiben. Jetzt ruft das Europa der Unternehmer und Multis, wir aber sollten erst beim Europa der Arbeitnehmer zurückrudern!

Alexander Hummel
SPÖ 20 Themeninitiative
Jugendarbeit (ehemalige SJ 20)

Lehrlinge: Das haben wir jetzt davon! Eigenes Geld? Beste Ausbildung?

Mit einer neuen Werbekampagne der Bundeswirtschaftskammer wird versucht, die Lehre attraktiver zu machen. Um aber die Lehre wieder aufzuwerten, ist keine Werbekampagne, sondern bessere Bezahlung und bessere Ausbildung notwendig.

Eigenes Geld?

Am sogenannten "freien Markt" wird immer vom Preis-Leistungsverhältnis gesprochen. Wenn man sich aber Preis (=Lehrlingsentschädigung) und Leistung eines Lehrlings ansieht, so wird man eine enorme Schere im Verhältnis zwischen den beiden entdecken. Z.B. verdient ein Lehrling im zweiten Lehrjahr in der Reisebürobranche 1992 gerade 4.700,- öS brutto (circa 4.200,- öS netto), seine tägliche Arbeitszeit war jedoch von 9-18 Uhr bei eineinhalb Stunden Mittagspause! Diese muß aber nicht selten im Betrieb verbracht werden! Obwohl Überstunden für Lehrlinge verboten sind, gibt es zahllose Fälle, wo diese, auch unbezahlt, gemacht werden müssen. Ein Teil der Lehrlinge absolviert die Berufsschule in Internaten. Diese werden meistens von der Handelskammer geführt. Diese ist die Interessensvertretung der Unternehmer und gelehrt wird, möglichst unkritisch das zu tun, was der Chef sagt. Für 8 Wochen Internat muß der Lehrling durchschnittlich 5600 Schilling zahlen - für Massenquartiere, miese Verpflegung und eine mittelalterliche Heimordnung. Viel bleibt da nicht vom "eigenen Geld".

Beste Ausbildung?

Der Lehrling ist eine ausgesprochen billige Arbeitskraft. Die Ausbildung fällt bei vielen durch eine Unzahl von ausbildungs-fremden Tätigkeiten wie Einkaufen, Auto-waschen... äußerst spärlich aus. Im Gast-gewerbe nimmt die ausbildungsbezogene Unterweisung nur durchschnittlich 8 Minuten pro Tag ein! Aber auch die Ausbildung an der Berufsschule ist ungenügend. Ein Berufsschuljahr pro Woche ist viel zu wenig, die Forderung nach einem zweiten Tag ist alt. Bei Lehrabschlussprüfungen gibt es eine Durchfallquote von bis zu 70%. Die Unternehmer wollen natürlich die Lehrlinge dafür verantwortlich machen. Aber wie soll

ein Lehrling bei der Prüfung etwas können, daß ihm während der Lehre nicht gelehrt wurde? Wie soll mit einem Berufsschuljahr alles Notwendige vermittelt werden? Schuld sind nicht die Lehrlinge, sondern die Unternehmer, die sich seit Jahren gegen längere Berufsschulzeiten wehren.



No Future?

Die Zukunftsaussichten vieler Lehrlinge und junger Arbeiter sehen nicht gerade rosig aus. Viele werden nach bestandener Lehrabschlussprüfung nach der 6-Monats-Frist gekündigt. Der "teure" Facharbeiter wird durch einen neuen, billigeren Lehrling ersetzt. Mit der miesen "Lehrlingsentschädigung", aber auch mit dem Facharbeiterlohn, können sich die wenigsten eine eigene Wohnung leisten. In Wien kostet jede zweite neuvermietete Wohnung mehr als 10.000 öS Miete. Im Betrieb wird der Lehrling oft wie der letzte Dreck behandelt. Mädchen sind auch sexueller Belästigung durch Kollegen und den "Lehrherrn" ausgesetzt.

"Rechte" Lehrlinge?

Wen wundert es da, daß besonders unter den Lehrlingen der Anteil an Jugendlichen, die für rechtsradikale Sprüche, Parolen und Scheinlösungen anfällig sind, besonders groß ist. 29% der Berufsschüler können die Ideen rechtsradikaler Gruppen gut verstehen oder stehen solchen Gruppen nahe. Die Regierung gibt sich angesichts solcher Zahlen schockiert, aber in Wirklichkeit ist ihre arbeiter- und lehrlingsfeindliche Politik für diese Einstellungen verantwortlich.

Durch den permanenten Sozialabbau hat sie die Voraussetzungen und den Nährboden für den wachsenden Rechtsradikalismus geschaffen.

Die schlechte Bezahlung, die Ausbeutung durch die Unternehmer, die steigende Jugendarbeitslosigkeit und die daraus folgende steigende Konkurrenz am Arbeitsmarkt führen zu Ängsten, die von den Zentralorganen der Unternehmer und Populisten (ÖVP, FPÖ, Kronenzeitung, täglich Alles) gegen die ausländischen Kollegen und Kolleginnen gesteuert werden. Sie versuchen, uns mit ihren "Auswegen aus der Misere" zu spalten. Doch ihre "Lösungen" sind Scheinlösungen. Nur eine bessere Bezahlung der Lehrlinge und der Ausbau ihrer Rechte kann eine soziale Katastrophe abwenden. Wir müssen uns für eine bessere Ausbildung (z.B. Deutsch, Englisch und EDV an den Berufsschulen als Pflichtfach für alle) einsetzen. Die Lehre als gesamtes darf nicht mehr der "Leere" des Betriebs überlassen werden, sondern muß aus Unternehmerhand genommen werden. Eine effektive Ausbildung kann nur in Lehrwerkstätten gewährleistet werden, die unter gewerkschaftlicher Leitung stehen. Das wäre ein erster Schritt, das gesamte duale Schulsystem und die Trennung in Schüler/Studenten und Lehrlinge, abzuschaffen. Die Spaltung der Jugendlichen nützt nur den Unternehmern!

Wir dürfen uns nicht von den Ausbeutern spalten lassen, sondern müssen gemeinsam gegen Rechts kämpfen.

Wenn du für eine bessere Zukunft kämpfen willst und für soziale Gerechtigkeit, dann komm zur

Lehrlingsgruppe des Antifaschistischen Komitees!

Jeden 1 und 3 Freitag im Monat im Kulturzentrum Siebenstern, Siebensterngasse 31, (Ecke Mondscheingasse) um 19 Uhr nächste Treffen: 5. März, 19. März, 2. April 1993

Reinhard Ruzicka
Lehrlingsgruppe des Antifa-Komitees

Aus dem Betrieb

Schuffen bei Billa

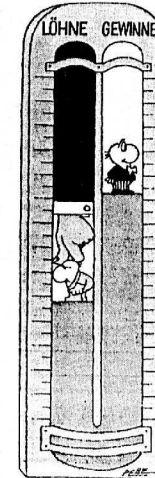
Wenn man für die Sommermonate einen Job sucht, bleiben oft als einzige Alternative Lebensmittelgroßhändler, wie in meinem Fall Billa.

Oft wird die Unerfahrenheit der Arbeitskräfte ausgenützt. Das fängt schon bei der Einteilung der Arbeitszeit an: Begonnen wird um 7 Uhr in der Früh und Feierabend ist um 18.30. So steht es zumindest am Dienstplan. In Wirklichkeit war mein Arbeitsbeginn bereits um 6.45 und Ende oft erst um 19 Uhr. Die 15 Minuten in der Früh mußte ich machen, um die Pause am Vormittag zu arbeiten. Die zusätzliche Arbeitszeit am Abend, die auf meinem Lohnzettel nicht aufschien, diente unter anderem zum Saubermachen, zum Her- und Wegräumen und zum Abrechnen. Nach Dienstplan stand mir eine dreistündige Mittagspause zu, in der ich aber das Geschäft nicht verlassen durfte, um, wenn es notwendig war, zur Verfügung zu stehen. Mittagspause schön und gut - drei Stunden, die nur dazu führen, daß die Arbeitszeit bis in den Abend hinein verlängert wird!

Besonders schlimm war die Situation für meine ausländischen Kolleginnen. Die Arbeitsbewilligung erhält die Firma, nicht die Beschäftigte. Dadurch sind sie gezwungen, widerspruchslos jede vorgegebene Arbeitsbedingung hinzunehmen. Das reicht von längerer Arbeitszeit über früheres Kommen und längeres Bleiben (unbezahlt natürlich!) bis zur Verrichtung äußerst unangenehmer Tätigkeiten. Wenn sie sich gegen diese Ausbeutung wehren, heißt das in der Praxis wohl Kündigung und Abschiebung. In so gut wie jedem Supermarkt gibt es ausländische Verkäuferinnen, die diese Situation oft Jahre oder sogar Jahrzehntlang aushalten müssen.

Ich hatte Glück und konnte das Geschäft nach einem Monat wieder verlassen und hatte seither nie wieder etwas mit der Firma zu tun.

**Spendenkonto:
PSK 8812.733**



Lehrlingsrechte: Bitte Warten!

Schwierige und ungerechte Situationen im Betrieb kennt wohl jeder, der schon irgendwann irgendwo gearbeitet hat. Schlimm ist es aber, wenn man bei dem Versuch, die Arbeitssituation in seinem Betrieb zu verändern, auf Widerstand von völlig unerwarteter Seite stößt.

In diesem Fall ist der Betrieb ein mittelgroßer Dienstleistungsbetrieb, der früher im Besitz der Kommunistischen Partei war (man hört und glaubt die weitere Geschichte kaum).

Die handelnden Personen des "Dramas": Zwei Lehrlinge, die nach Änderung streben, die Betriebsräte ("Namensliste", Gewerkschaftlicher Linksblock-nahe), der Geschäftsführer und viele Statisten.

Aber worum geht's eigentlich? Bei einer für diese Branche üblichen Gelegenheit (wichtige Veranstaltung nach Dienstschluß), beklagen sich einige über ihre Situation in

der Firma und äußern Unmut darüber, daß sie eigentlich nicht ausgebildet, sondern ausgebeutet werden. Auch meinen sie, daß es niemanden gibt, der die Rechte der Lehrlinge gegenüber der Geschäftsleitung vertritt. Man überlegt sich dies und das, denkt auch an den Betriebsratsobmann und kommt zu dem Schluß, daß ein 70-jähriger Mann (!) wohl kaum die Lehrlinge und jungen Angestellten im Betrieb vertreten kann, sondern daß das schon ein junger Mensch tun muß.

Also informieren sich die Lehrlinge über Mitbestimmungsmöglichkeiten für Jugendliche im Betrieb und wenden sich vertrauensvoll an die GPA (Gewerkschaft der Privatangestellten). Die ist sofort zu einem persönlichen Gespräch bereit und verspricht Unterstützung. Von der haben unsere Lehrlinge bis jetzt aber noch nicht viel gesehen.

Bedauerlicherweise müssen unsere zwei Lehrlinge feststellen, daß Mitbestimmung an eine gewisse Anzahl von Lehrlingen im Betrieb (nämlich 5 unter 18 Jahren) gebunden ist, die in ihrem Betrieb nicht vorhanden ist. Also ersucht man den Betriebsrat um Unterstützung in dieser Sache. Der Betriebsrat redet viel vom sozialen Frieden, der Ruhe im Betrieb und den guten Beziehungen mit der Geschäftsleitung (was eigentlich schon alles sagt). Aber auch er verspricht Unterstützung, sofern man nicht dem Betriebsrat Konkurrenz macht und vor allem den Großteil der Aktivitäten (ebenso wie der Betriebsrat) auf die Zeit nach dem Arbeitsschluß verlegt.

Damit ist den Lehrlingen klar, daß sie keine Unterstützung erwarten können! Eine Geschäftsleitung, in deren Interesse eine Jugendvertretung im Betrieb wohl kaum liegt, ein Betriebsrat, der die Interessen des Unternehmers gegenüber den Angestellten vertritt und eine Gewerkschaft, die an der Sache nur mäßig interessiert scheint. Wer übrig bleibt sind die Lehrlinge im Betrieb, die jetzt versuchen, allein ihre Rechte zu erkämpfen und zu verteidigen und die anderen Arbeiter im Betrieb davon zu überzeugen. Wir hoffen, es gelingt!

Ein Handlangangestellter und GPA-Mitglied



Geld oder Leben

Du brauchst eine Herzoperation? - Da kann es Probleme geben! In Wien kann nur etwa ein Drittel der Herzoperationen durchgeführt werden, die notwendig wären. Der Rest wird in die Bundesländer oder ins Ausland verlegt.

Der Wiener Gesundheitsstadtrat Rieder findet das offensichtlich nicht so schlimm, denn "es spricht nichts gegen eine Arbeitsteilung zwischen den Herzzentren". Schwer ist diese "Arbeitsteilung" allerdings für die Angehörigen. Sie müssen den Patienten nachreisen, teure Hotelrechnungen zahlen und können keiner Arbeit nachgehen.

Aber auch in den Bundesländern gibt es keine unbeschränkte Aufnahme. Auch in Graz müssen etwa zwei Drittel der Herztransplantationen abgelehnt werden. Aber sogar wenn man das Glück hat, einen Platz zu bekommen, gibt es noch Wartezeiten bis zur Operation, was den Zustand der Patienten nicht gerade verbessert.

Ein Grund für diesen Zustand liegt im Mangel an Pflegepersonal. Viele halten den Druck, der (vor allem durch den Mangel an Personal erzeugt) ständig auf ihnen lastet, nicht aus. Je nach Spital haben die Schwestern eine Wochenstundenverpflichtung von bis zu 48 Stunden. So gut wie jede Schwester macht regelmäßig Überstunden. Die Bezahlung, die zu einem wesentlichen Teil aus Zulagen besteht, ist angesichts der Belastung ungenügend. Das Gesundheitssystem ist in einem Teufelskreis: zu wenig Schwestern - steigender Druck - noch weniger Schwestern. Dieser kann nur durchbrochen werden, wenn die

Ausbildung intensiviert, die Arbeitszeit verbessert und die Bezahlung gehoben wird.

Ein "leistungsorientiertes Verrechnungssystem für die Spitäler", wie es die ÖVP fordert, würde zu einer weiteren Verschlechterung führen. Denn das bedeutet auch Einsparungen bei den Ausgaben - und da sind die Gehälter der Schwestern das erste, was angegriffen wird. Auch eine Privatisierung des Gesundheitswesens hätte verheerende Folgen. Der seit 1.1.93 beste-

hende "Wiener Krankenanstaltenverbund" ist ein Teil des Sparkurses. Sollen auch hier die Gewinne privatisiert (Privatpatienten zahlen für kleine Eingriffe wie eine Blinddarmoperation große Summen) und die Verluste verstaatlicht werden (teure Operationen werden weiterhin von der Gemeinde finanziert)? Gleichzeitig sind aber die Sozialversicherungsbeiträge erhöht worden.

Die Reichen können sich jede Operation zahlen (und z.B. in die USA fliegen). Auf der Strecke bleibt bei einer profitorientierten Gesundheitspolitik der größte Teil der Bevölkerung! Bei Gesundheit kann man nicht schauen, ob es sich rechnet, sondern Krankenversorgung ist ein Grundrecht, das jeder zu jeder Zeit gewährleistet sein muß.

Sonja Grusch aus der SJ ausgeschlossen

Dafür kämpft VORWÄRTS:

- * **Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!**
- * **12.000.- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!**
- * **Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!**
- * **30 m2 Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 20% des Nettoeinkommens!**
- * **Rigoreuse Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen. Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie enteignet werden!**
- * **Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik!**
- * **Kein Ausverkauf der Verstaatlichten!**
- * **Für eine SPÖ-Alleinregierung mit sozialistischem Programm!**
- * **Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!**
- * **Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!**
- * **Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!**



Ich möchte

VORWÄRTS

unterstützen und bitte um weiter Informationen

Name

Adresse

Ich möchte:

VORWÄRTS abonnieren

O 5 Ausgaben zu 50.- ÖS

O 10 Ausgaben zu 100.- ÖS

O ein VORWÄRTS-Förderabo zuÖS beziehen

O Auslandsabo (5 Ausgaben 80.-)

Einsenden an:

Verein Vorwärts zur sozialistischen Demokratie
PF. 2, A - 1082 Wien